



## Kommunalpolitische Erklärung für die Wahlperiode 2009-2014

### **GRÜNE Politik für unsere Kommunen: EINMISCHEN! HIER NATÜRLICH!**

Mit über 500 aktiven Ratsmitgliedern setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seit 25 Jahren für eine nachhaltige, ökologische, gerechte und soziale Politik in den Kommunen in Rheinland-Pfalz ein. Wir machen Politik für und mit den Menschen in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld.

Rheinland-Pfalz ist ein überwiegend ländlich geprägtes Land mit vielen sehr unterschiedlichen Regionen. Der Bevölkerungsrückgang und die demographische Entwicklung werden unser Land erheblich verändern und alle Kommunen vor große Herausforderungen stellen. Wir müssen uns auf diesen Wandel einstellen und unsere Kommunen fit für die Zukunft machen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möchten diesen Wandel als Chance nutzen, nachhaltig die Stärken der unterschiedlichen Regionen zu fördern und unsere Kommunen zu klimafreundlichen Vorbildern umzugestalten. Dazu gehört unmittelbar eine mutige Kommunal- und Verwaltungsreform, die es unseren Kommunen ermöglicht, sich auf die zukünftigen Aufgaben einzustellen. Transparenz, mehr Bürgerbeteiligung und eine echte Gebiets- und Finanzreform, die unsere Kommunen zukunftsfähig macht, sind für uns maßgeblich. Kommunen müssen in der Lage sein, nachhaltig mit ihren finanziellen Ressourcen zu wirtschaften. Ziel GRÜNER Finanzpolitik ist deshalb, allen kommunalen Ebenen Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen statt Schulden zu verwalten. Demokratie lebt von Teilhabe!

Wir stehen für eine moderne Gleichstellungspolitik, die wir als Querschnittsaufgabe, aber auch als eigenständigen politischen Bereich in allen Politikfeldern annehmen. Wir fordern eine offensive und konsequente Gleichstellungspolitik. Geschlecht, Alter, sexuelle Identität, ethnische Herkunft, Religion und Behinderung dürfen nicht länger zu Diskriminierung führen! Durch Gender Mainstreaming und gezielte Frauenförderung werden wir in den Kommunen dazu beitragen, Geschlechtergerechtigkeit herzustellen. GRÜNE Kommunalpolitik heißt daher: Wir mischen uns ein. Für eine lebenswerte Gesellschaft, jetzt und in der Zukunft für alle Generationen.

GRÜNE Kommunalpolitik heißt: Wir mischen uns ein - um die Stärken unserer Kommune heraus zu stellen. Wir mischen uns ein - für eine nachhaltige Entwicklung unserer Region. Wir mischen uns ein – für eine lebenswerte Gemeinde für alle Generationen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die einzige Partei, die das Prinzip der Nachhaltigkeit fest in ihrem Programm verankert hat und eine zukunftsfähige ökologische Politik macht. Unser Ziel ist es, immer mehr Gemeinden von fossilen Brennstoffen unabhängig zu machen und zu Null-Emissions-Gemeinden zu entwickeln. Klimaschutz konkret – das lässt sich in der Kommune, vor der eigenen Haustür am Besten ver-

wirklichen. GRÜNE Politik heißt auch Landschaft, Boden, sauberes Wasser und gesunde Luft für zukünftige Generation zu erhalten und nicht rücksichtslos zu verbrauchen. GRÜNE Politik heißt selbstverständlich auch Stärkung des Naturschutzgedankens, Schutz der Arten und der Ökosysteme.

Bildung ist die zentrale Gerechtigkeitsfrage der Zukunft! Unser Ziel ist es, die Fähigkeiten jedes Menschen bestmöglich zu fördern und ihn in seinen Schwächen zu unterstützen. Eine gute Bildung darf nicht von der sozialen Herkunft und vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein.

Wir machen eine sozial gerechte Politik: Wir wollen, dass jeder Mensch sein Recht auf gesellschaftliche Teilhabe verwirklichen kann. Niemand darf ökonomisch abgehängt, politisch benachteiligt und ins gesellschaftliche Abseits gedrängt werden. Wir wollen EINE Kommune für ALLE!

## **I. Strukturen für ein Klimaschutzland Rheinland-Pfalz schaffen**

### **100 % Erneuerbare sind möglich!**

Wir GRÜNE sind die VorreiterInnen für Klimaschutz und nachhaltige Energiepolitik. Unser Ziel, Rheinland-Pfalz zum Musterland für Erneuerbare Energien zu entwickeln, stellt einen wichtigen Meilenstein zum Schutz des Klimas dar. Auch in den Kommunen muss der Klimaschutz als zentrale Aufgabe wahrgenommen und umgesetzt werden. Die Bauvorhaben für neue Kohlekraftwerke müssen gestoppt werden! Mit der Technologie von vorgestern werden wir die Zukunft nicht gestalten können. Dabei hat der ländliche Raum in Rheinland-Pfalz die große Chance, mit eigener Energiegewinnung und durch Energie-Einsparmaßnahmen Arbeitsplätze zu schaffen sowie die Wertschöpfung in der Region zu halten. Biomasse und Erdwärme, Sonne und Wind haben wir, wir müssen sie nur nutzen! Neuen Technologien alternativer Energiegewinnung stehen wir positiv gegenüber und befürworten eine Förderung der weiteren Forschung.

Klimaschutz muss für alle Kommunen finanzierbar sein. Wir fordern von der Landesregierung, auch hochverschuldeten Kommunen Investitionen in den Klimaschutz zu ermöglichen. Dazu brauchen wir auch außerhalb von Konjunkturpaketen finanzielle Unterstützung, z.B. zur Sanierungen öffentlicher Gebäude. Denn Klimaschutz bringt Rendite! Langfristig rechnet sich eine bessere Wärmedämmung oder eine moderne Heizungsanlage finanziell und ökologisch. Alle Schulgebäude und öffentlichen Sportanlagen in Rheinland-Pfalz müssen auf den neuesten Stand bei den Energie-sparmaßnahmen gebracht werden. Diese Investitionen in den Kommunen sind wichtig, denn sie schaffen Arbeitsplätze im Handwerk vor Ort und dienen als Vorbild für die Menschen!

Unsere Kommunen können viel zum Klimaschutz beitragen. Daher setzen wir uns für folgende Ziele ein:

### **1. Für jede Stadt und jeden Landkreis einen regionalen Klimaschutzplan**

Die Kommunen wissen am besten, wie sie vor Ort erfolgreichen Klimaschutz betreiben. Ob Investitionen in die Energiegewinnung oder Energieeinsparung sinnvoller sind, muss in ihrer Entscheidungshoheit bleiben. Den regionalen Klimaschutzplänen voran muss eine Erhebung aller Energiedaten stehen, sowohl der Erzeugungs- als auch der Verbrauchsdaten. Erst daraus kann eine erfolgreiche und breit getragene Strategie entwickelt werden. Unser Ziel ist es, dass lokal bis zu 100% der Energie aus regenerativen Quellen stammen und bis 2020 40% des Energieverbrauchs im Vergleich zu 1990 eingespart wird. Viele Kommunen in Rheinland-Pfalz zeigen dass dies möglich ist. Und wir sagen: Es ist auch dringend nötig!

### **2. Eine Energieagentur für jeden Landkreis und kreisfreie Stadt**

Fast überall gibt es Energie-Einsparmöglichkeiten, man muss sie nur kennen. Eine Energieagentur soll Energieverbraucher und -erzeuger kompetent beraten und vernetzen. Sie soll Unterstützung bei der Beseitigung administrativer Hemmnisse und beim Aufbau der nötigen organisatorischen Strukturen leisten und die Entwicklung und Umsetzung der Energiewende vor Ort antreiben.

### **3. Die öffentliche Verwaltung als Vorbild**

Die energetische Sanierung aller öffentlichen Gebäude, die Nutzung öffentlicher Dachflächen für Energiegewinnung und der Energie-Check bei öffentlichen Beschaffungen sind nur einige Aspekte, die verbessert werden müssen. Die finanziellen Mittel, die durch Energieeinsparungen freigesetzt werden, müssen wieder in den Ausbau von Erneuerbaren Energien zurück fließen. Hiervon sollen alle Institutionen profitieren, die sich in öffentlicher Trägerschaft befinden, dazu zählen zum Beispiel Kindertagesstätten, Krankenhäuser oder Altenheime.

### **4. Energieversorgung dezentral gestalten!**

Die Kommunen müssen die Energieversorgung wieder in die eigene Hand nehmen. Denn der Energiemarkt ist weiterhin von vier Monopol-Erzeugern beherrscht. Sie diktieren die Preise und produzieren klimaschädlich und gefährlich mit Atom und Kohle und verhindern gezielt alternative Entwicklungen. Die dezentrale Energieversorgung ist der Schlüssel, um aus der Kosten- und Monopolfalle heraus zu kommen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen daher auch die Neugründung von Stadt- und Gemeindewerken oder den Rückkauf zum Zwecke des Netzbetriebes. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Werke das Ziel verfolgen, 100 % Energie aus regenerativen Quellen zu erzeugen. Nur so können sie klimafreundlich und finanziell erfolgreich arbeiten.

### **5. Klimafreundliches Bauen**

Die Nutzung von Solarenergie und anderen regenerativen Energiearten soll bei allen Um- und Neubauten von Gebäuden in der Kommune zum Standard werden. Das

Baurecht birgt hier erhebliche Potentiale zur langfristigen Umgestaltung der Städte und Gemeinden. Alle kommunalen Neubauten müssen der Passivhaus-Bauweise entsprechen, auch bei Sanierungsmaßnahmen soll dies Ziel sein. Jede Kommune kann über Satzungen und Bebauungspläne innerhalb ihrer lokalen Gegebenheiten selbst entscheiden. Ein Mix aus Solarthermie, Photovoltaik und Geothermie kann Rheinland-Pfalz zum Vorbild für klimafreundliche Baupolitik machen. Ein kommunales Dachkataster für Photovoltaik- und Solarwärme-Anlagen in jeder Kommune hilft entscheidend, potentielle Investoren mit Informationen über geeignete Flächen zu versorgen. Wir möchten Kommunen ermutigen, sich Solarsatzungen zur verbindlichen Nutzung von Photovoltaik zu geben. Auch der Austausch der Heizanlagen auf Basis fossiler Brennstoffe durch regenerative Energieträger muss erheblich beschleunigt werden und mit Planungen zur Versorgung mit Nahwärmenetzen gekoppelt sein.

## **6. Klimaschonende Mobilität**

Ein großer Anteil am CO<sub>2</sub>-Ausstoß entsteht im Straßenverkehr. Es ist unser Ziel so viel Verkehr wie möglich, auf die Schiene zu bringen und den Öffentlichen Personennahverkehr deutlich auszubauen. Gerade im ländlichen Raum ist dies notwendig, auch um allen Menschen den Zugang zu Einrichtungen der zentralisierten Grundversorgung zu ermöglichen. Auf dem Land wollen wir neben dem ÖPNV intelligente Verkehrsdienstleistungen ermöglichen, wie z.B. Anrufsammeltaxi, Carsharing, Markt-, Sammel- oder Discobusse. Sozial gerechte Ticketpreise sollen die Nutzung des ÖPNVs für Alle ermöglichen. Aber neben der Luftverschmutzung belastet auch Lärm die BürgerInnen. Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduzierung und Lärmschutz auf Straße und Schiene gehören zur ganzheitlichen Mobilitätspolitik dazu! BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern den Verzicht auf Straßenneubau und Großprojekte und stattdessen Investitionen in Erhaltungsmaßnahmen im Straßennetz.

## **7. Lebensqualität und nachhaltige Entwicklung in der Kommune**

Zur Lebensqualität in Rheinland-Pfalz gehört auch die nachhaltige Nutzung unserer Lebensgrundlagen. Erhaltung von naturnahen Landschaften, naturgemäße Bewirtschaftung der Wälder, durchgängige, klare Gewässer, saubere Luft und die drastische Senkung des Flächenverbrauchs sind die Grundlagen für ein attraktives Wohnumfeld. In der kommunalen Politik wird über die Flächennutzung entschieden. Deswegen sind die GRÜNEN Leitlinien gerade auf der kommunalen Ebene so wichtig. Ressourcenschonendes Bauen, ökologische Baugebiete, Nutzung von Erneuerbaren Energien, Versickerung von Regenwasser, Innenentwicklung vor Außenbebauung, Dorfkernerneuerung statt tote Ortszentren sind unsere politischen Ziele, die ökologisch und ökonomisch Sinn machen. Keinen Sinn macht dagegen die Ausweisung von Gewerbegebieten und Baugebieten in Konkurrenz der Städte und Dörfer untereinander. Dies kommt Kommunen und Natur teuer zu stehen. Wir sind für Kooperationsmodelle im Bereich der Flächennutzung. Nur eine nachhaltige Flächenentwicklung ist auf lange Sicht auch für die BewohnerInnen der Kommunen attraktiv. Gerade, aber nicht nur im ländlichen Raum steckt in dem Prinzip „Innenentwicklung geht vor Außenentwicklung“ eine Chance zur nachhaltigen Entwicklung von Wohn- und Geschäftsbestand in unseren Städten und Gemeinden. Kommunen können mittels

eines Leerstandskatasters eine sinnvolle Planungsgrundlage für eine zukunftsfähige Gemeindeentwicklung schaffen.

## II. Bildung ist Zukunft

Bildung ist die zentrale Gerechtigkeitsfrage für die Zukunft unserer Gesellschaft. Gute Bildung eröffnet gerade jungen Menschen eine Vielfalt von Möglichkeiten und Perspektiven. Die soziale Herkunft darf nicht über den Bildungserfolg entscheiden!

Wir GRÜNE wollen Allen den Zugang zu bester Bildung ermöglichen. Wir bekennen uns zu einer Gesellschaft, die auf Freiheit und gleichen Rechten aufbaut und wollen dafür sorgen, dass die Förderung von Kindern mit den unterschiedlichsten Voraussetzungen Schule macht.

### Besser und gerechter: Eine Schule für Alle!

Unser derzeitiges Schulsystem ist nicht zukunftsfähig. Es wird der Vielfalt und den Begabungen junger Menschen nicht gerecht. Nicht erst seit dem PISA-Vergleich ist klar: Nur vier Schuljahre gemeinsames Lernen und strikte Selektion sind der falsche Weg.

Wir GRÜNE wollen eine Schule, die den Graben zwischen Bildungschancen und sozialer Herkunft überwindet, die integriert und fördert. Diese Schule kann nur in einem integrativen Schulsystem ermöglicht werden. Unser Ziel ist: eine Schule für Alle! Die Schule der Zukunft ist eine Integrierte Ganztagschule in einem Haus des Lebens und Lernens.

Wir GRÜNE lehnen die Schulreform der Landesregierung ab, weil sie die Anforderungen an ein gerechteres und leistungsstärkeres Bildungswesen nicht erfüllt! Mit der Einführung der „Realschule plus“ wird ein Schulsystem fortgesetzt, das durch seine frühe Selektion in hohem Maße ungerecht ist. Die angebliche Zweigliedrigkeit ist ein Etikettenschwindel der Landesregierung. Der Hauptschulbildungsgang wird nicht abgeschafft, sondern nur unter das Dach der kooperativen Realschule verlagert.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich in Rheinland-Pfalz für eine grundlegende Reform der Schulen ein. Wir stellen uns aber auch unserer Verantwortung unter den gegebenen gesetzlichen Rahmenbedingungen und wollen auf kommunaler Ebene neun konkrete Ziele erreichen:

#### 1. Länger gemeinsam lernen!

Wir setzen uns für die Einrichtung und den Ausbau von Integrierten Gesamtschulen ein, denn das Platzangebot reicht bei weitem nicht aus. Jedes Kind muss die Möglichkeit haben, ab der fünften Klasse eine wohnortnahe Gesamtschule besuchen zu können. Damit können wir eine optimale individuelle Förderung ALLER Kinder gewährleisten und trotz sinkender Schülerzahlen die Schulstandorte gerade im ländlichen Raum erhalten. Diese Gesamtschulen mit Oberstufe sollen insbesondere an potentiellen Standorten der Realschule plus entstehen. Die Realschule Plus und insbesondere die Aufspaltung in Real- und Hauptschulklassen lehnen wir GRÜNE ab.

Gemeinsames Lernen aller SchülerInnen bis zu ihrem Abschluss, erhöht die Bildungschancen von Kindern aus einkommensschwachen Familien. Kinder mit Sprachförderungsbedarf und Kinder mit Migrationshintergrund werden so deutlich besser in ihrer persönlichen Entwicklung unterstützt. Wir wollen, dass gemeinsames Lernen von Kindern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf zum Regelfall wird (Inklusion).

## **2. Echte Ganztagschulen: weil Lernen mehr als Unterricht ist!**

Wir wollen die Ganztagschulen ausbauen. Mehr Raum und Zeit für gemeinsames Lernen und Leben tut Kindern gut und fördert sie in ihrer Entwicklung. Dem heutigen Anspruch an die Kinder wird die Halbtagschule nicht mehr gerecht. Wir fordern das Lernen und Üben in die Hände der professionalisierten Lehrerschaft zu verlegen und nicht in Form von Hausaufgaben an die Eltern delegieren. Die rheinland-pfälzische Ganztagschule als bloße Halbtagschule mit Mittagessen und Nachmittagsbetreuung wird diesem Ziel nicht gerecht. Viele Schulen versuchen dennoch, innerhalb dieser engen Vorgabe das Beste für ihre SchülerInnen zu erreichen. Wir GRÜNE wollen schrittweise alle Schulen zu echten rhythmisierten Ganztagschulen mit fächer- und klassenübergreifenden Elementen aus Lernen, Sport und Kultur ausbauen. Um dem hohen Unterrichtsausfall zu begegnen, müssen deutlich mehr LehrerInnen eingestellt werden.

## **3. Lernmittelfreiheit für Alle!**

Es wird endlich Zeit für die Wiedereinführung der landesweiten Lernmittelfreiheit. Um einkommensschwache Familien zu unterstützen, setzen wir uns für die Einrichtung eines kommunalen Fonds ein, aus dem beispielsweise Schulmaterialien, Ranzen usw. finanziert werden können.

## **4. Sinnvoll sanieren: Schulen zu Häusern des Lebens und Lernens machen!**

Viele Schulen benötigen nicht nur einen neuen Anstrich. Kaputte Heizungen, marode Toiletten und bröckelnde Wände sind oft ein drängendes Problem in rheinland-pfälzischen Schulen. Bei der Gestaltung von Ganztagschulen muss auf eine angenehme Lebens- und Aufenthaltsqualität geachtet werden.

Dabei hängen gute Lernerfolge entscheidend vom Wohlfühlklima in den Schulen ab. Wir brauchen eine Schule, die Lust auf Lernen macht! Die Landesregierung muss ein umfassendes und zukunftsgerichtetes Investitionsprogramm für Schulen auflegen, das die regionale Wirtschaft in der Konjunkturkrise stärkt und die kommunalen Schulträger finanziell entlastet. Wir möchten die dringenden Sanierungen mit unserem Leitbild einer „Schule als Haus des Lebens und Lernens“ verknüpfen. Diese benötigt Fachräume genauso wie Bibliotheken, Rückzugsräume, Lernecken, Mensen, Räume für sportliche Tätigkeiten und zur musischen Ausbildung. Auch zusätzliche Räume zur Förderung in Kleingruppen müssen vorhanden sein.

## **5. Gemeinsames Mittagessen: für alle, gesund und ökologisch wertvoll!**

In den Ganztagschulen muss den SchülerInnen eine ökologisch hochwertige, gentechnikfreie, warme Mahlzeit kostengünstig angeboten werden. Niemand darf wegen einer sozialen Notlage ausgeschlossen werden. Für Kinder aus einkommensschwachen

chen Familien muss das Essen kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Gesunde und ökologische Ernährung muss Teil des Konzepts einer Ganztagschule sein.

Wo immer möglich sollen Schulen eine eigene Mensa erhalten, in der das Essen vor Ort zubereitet werden kann. Catering soll die Ausnahme sein und muss hohe Qualitätsstandards erfüllen. Das gemeinsame Essen hat eine wichtige soziale Funktion, es stärkt die sozialen Kompetenzen sowie den Zusammenhalt und die Kommunikation.

#### **6. SchülerInnenbeförderung: sicher und kostenlos!**

Rheinland-Pfalz ist ein Flächenland mit weiten Wegen. Alle Eltern müssen von ihren finanziellen Belastungen für den Weg zur Schule befreit werden. Hier muss das Land die Kosten übernehmen. Die Mindeststandards für Schulbusse müssen erheblich nachgebessert werden. Auch an der Verbesserung der Verkehrssicherheit der Schulbusse und am Ausbau der ÖPNV-Anbindung von Schulen gerade am Nachmittag werden wir in den Kommunen weiter arbeiten.

#### **7. Schulentwicklungsplanung: kurze Beine, kurze Wege!**

Wir GRÜNE fordern eine Schulentwicklungsplanung, die wohnortnah alle schulischen Bildungsabschlüsse anbietet. Die zurückgehenden SchülerInnenzahlen dürfen nicht zur Schließung von Schulstandorten missbraucht werden, sondern müssen für kleiner Klassen und eine deutlich bessere individuelle Förderung genutzt werden. Besonders wohnortnahe Bildungsinstitutionen machen eine Gemeinde gerade für Familien attraktiv und schaffen Arbeitsplätze. Nach dem Motto „kurze Beine, kurze Wege“ sollen möglichst auch kleine Grundschulstandorte erhalten bleiben.

#### **8. Offene Schulen: Für mehr Selbstständigkeit**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, dass die Schulen ein eigenes Budget erhalten und die Mittel des Schulträgers selbstständig verwalten können. Unter Beteiligung aller an der Schule vertretenen Gruppen können Schulen Schwerpunkte setzen und so eigene Ziele verfolgen. Wir möchten Schule und Gesellschaft wieder enger zusammenbringen und fördern eine Öffnung zu Vereinen, Initiativen und Betrieben im lokalen Umfeld.

#### **9. Jugendhilfe und Schule: Hand in Hand arbeiten**

Schulen, KiTas und sonstige Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe müssen besser zusammenarbeiten. Durch eine gemeinsame kommunale Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung soll die Kooperation und Vernetzung von Schulverwaltung und Jugendhilfe verbessert und verstetigt werden. Die Schulsozialarbeit ist weiter auszubauen. Ziel ist: die Schule ohne Sitzenbleiben, keine SchulabgängerInnen ohne Abschluss.

### **Frühkindliche Förderung: Auf den Anfang kommt es an!**

Die ersten Jahre sind für die Entwicklung von Kindern und die Chancen junger Menschen entscheidend: Je jünger Kinder sind, desto leichter fällt ihnen das Lernen. Aus

diesem Grund muss bereits in den Kindertagesstätten die Lust am Lernen und die Neugier der Kinder geweckt werden. Es ist wichtig, dass alle Kinder mindestens ein Jahr vor dem Schuleintritt eine Kindertagesstätte besuchen. Wir möchten Kindertagesstätten in die Lage versetzen, ihrem Bildungsauftrag besser gerecht werden zu können. Spielerisch sollen dort die Kinder motorische, sprachliche und soziale Fähigkeiten erlernen.

### **1. KiTa-Plätze ausbauen: Elternbeiträge abschaffen!**

Der Ausbau qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung ist für Rheinland-Pfalz entscheidend. Sie bietet allen Kindern die besten Startchancen für ihren weiteren Bildungsweg und hilft bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und schützt vor sozialer Benachteiligung. Dafür brauchen wir ein flächendeckendes, familiengerechtes Ganztags-Angebot für alle Kinder ab dem 1. Lebensjahr! BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, die Elternbeiträge abzuschaffen. Das Mittagessen muss qualitativ hochwertig, möglichst aus biologischem Anbau und für alle Kinder kostenlos angeboten werden.

### **2. Qualitätsoffensive für KiTas: Kinder stärken!**

Kindertageseinrichtungen müssen finanziell und personell in der Lage sein, Kinder individuell zu fördern. Sie sind der erste wichtige Baustein im Bildungsweg eines Kindes. Dafür brauchen wir eine Qualitätsoffensive für die KiTas in Rheinland-Pfalz, in deren Mittelpunkt die Förderung sozialen Lernens, gesunder Ernährung und Bewegung, Umweltbildung und Integration stehen. Wir wollen vorrangig Gruppen mit kleiner Altersmischung, in welchen maximal 15 Kinder von zwei ErzieherInnen betreut werden. Die sogenannte Geringfügigkeitsregelung (25 Kinder in einer Gruppe, davon zwei Kinder unter 3-Jahren bei 1,75 Personalstellen) lehnen wir ab. Kinder brauchen ausreichend Spielflächen und Spielgeräte. Denn körperliche Bewegung, Klettern und Toben machen nicht nur fit, sondern auch klug.

Die frühkindliche Sprachförderung muss ausgebaut werden, damit alle Kinder im ersten Schuljahr dem Unterricht folgen können. Auch der muttersprachliche Unterricht ist wichtig, denn nur, wer seine Muttersprache beherrscht, kann eine andere Sprache erlernen.

### **3. Übergang in die Grundschule: Gemeinsam gestalten!**

Der Übergang in die Grundschule muss so gestaltet werden, dass Ängste bei Kindern gar nicht erst aufkommen. Dabei muss in Abstimmung mit den Eltern eine Kontinuität in der Bildungskette geschaffen werden. Wir wollen das Forum des Austauschs der Bildungsstätten KiTa und Grundschule sowie Möglichkeiten der gegenseitigen Hospitation geschaffen und durch entsprechende Rahmenbedingungen sachlich und personell gefördert werden. Um dies zu gewährleisten, brauchen wir eine mit den Bildungsstätten und Eltern abgestimmte Konzeption, die gemeinsam mit den Jugendämtern erstellt und von der örtlichen Schulbehörde unterstützt und gefördert wird. Ein schwellenloser Übergang und die Schaffung einer frühen Vertrautheit sind bei Kindern wichtige Voraussetzungen für ein positives Lernverhalten von Anfang an. Dies muss unbedingt gefördert und politisch unterstützt werden.

### **III. Soziale Gerechtigkeit: Die Kommune ist für Alle da!**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine zukunftsorientierte Politik der sozialen Gerechtigkeit. Alle Menschen haben das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe und eine selbst bestimmte Lebensführung. In unserer Gesellschaft gibt es zu viele Menschen, die aufgrund ihrer ökonomischen Lage gesellschaftlich ausgegrenzt werden. Ihnen ist eine angemessene Teilnahme am sozialen und gesellschaftlichen Leben, z.B. beim Zugang zu Bildung, Kultur, Sport und Freizeitangeboten aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage nur eingeschränkt möglich. Auch die Kommunen müssen hier einen Beitrag dazu leisten, Menschen wieder in die Mitte der Gesellschaft zu holen. Politik ist Politik für alle Menschen. Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen und Männer sich alle Verantwortung gerecht teilen. Denn: Hierarchien und Machtunterschiede zwischen Männern und Frauen sind noch lange nicht überall abgebaut. Unser GRÜNER Anspruch an Kommunalpolitik ist: Die Kommune ist für ALLE da!

#### **1. Teilhabe ermöglichen: soziale Netze knüpfen!**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine Kommune, die die Menschen unterstützt und aktiviert und nicht hemmt. Wir wollen eine Kommune die für die Menschen da ist!

Dazu brauchen wir eine soziale Infrastruktur, die auf die aktive Teilhabe der Menschen baut und diese gleichzeitig stärkt. Dabei sind die Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement so zu gestalten, dass Menschen mit Familienpflichten daran teilhaben können. Kommunen müssen Zugänge zu Bildung, Beratung und Unterstützung bieten.

Soziale Unterstützung braucht ein breites Angebot an sozialen Einrichtungen und Beratungsstellen. Dieses muss möglichst dezentral angeboten werden und sich neben den Stadtteilen und Gemeinden auch an bestehenden Sozialräumen orientieren. Die sozialen Angebote sollen in einer überregionalen Sozialplanung koordiniert werden.

Wir GRÜNE wollen alle Menschen stärken und frühzeitig unterstützen bevor sie in soziale Notlagen kommen. In den Kommunen brauchen wir ein größeres Angebot mit einer ausreichenden finanziellen Ausstattung im Bereich von Bildung, Kultur und Sport. An jeder Schule muss Schulsozialarbeit in ausreichendem Umfang eingerichtet werden. An so genannten „Brennpunkt“-Schulen müssen entsprechend mehr SozialarbeiterInnen eingestellt werden.

Tragfähige soziale Netze kommen nicht ohne die Beteiligung und Einbindung ehrenamtlich aktiver Menschen aus. Die Kommunen müssen sicherstellen, dass diese Initiativen, Selbsthilfegruppen, sozialen Vereine und Gruppen eine verlässliche kommunale Förderung erhalten.

#### **2. Arbeitslosigkeit: Unterstützung statt Kontrolle**

Wir GRÜNE haben erkannt, dass die „Hartz IV-Gesetzgebung“ zwei entscheidende Schwachstellen hat. Zum einen schützt die Leistungshöhe des ALG II nicht vor Armut. Dies trifft besonders Familien mit Kindern. Deswegen setzen wir GRÜNE uns auf Bundesebene für die Erhöhung des ALG II-Regelsatzes auf mindestens 420 Eu-

ro monatlich und eine eigenständige Kindergrundsicherung ein. Die Angemessenheit und die Übernahme der Mietkosten dürfen sich nicht länger am Mietspiegel, sondern an dem tatsächlich verfügbaren Wohnraum auf dem Mietmarkt orientieren. Zwangsumzüge oder Leistungskürzungen sind mit uns nicht zu machen.

Zweitens hat sich der Grundsatz des „Fordern und Fördern“ in der Umsetzung nicht bewährt. Anstatt diejenigen, die nach einem Arbeitsplatz suchen, konsequent zu unterstützen, verschwenden die ARGEN ihre Ressourcen darauf, Arbeitssuchende auf Kooperationsbereitschaft zu testen und Sanktionen auszusprechen. Wir sprechen uns deshalb für ein Ende des unangemessenen Arbeitszwangs für BezieherInnen von ALG II und gegen finanzielle Kürzungen aus.

Die Job-Center der ARGEN müssen sich viel mehr als Dienstleister für ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen verstehen. Der Service in den Job-Centern muss durch ausreichendes und qualifiziertes Personal, gute Arbeitsbedingungen, personelle Kontinuität und eine optimale Abstimmung der Träger (Kreis und Bundesagentur für Arbeit) verbessert werden. Dabei muss der Fokus auf Arbeitsvermittlung und Qualifizierung der Arbeitssuchenden liegen und ihrer individuellen Situation Rechnung tragen. Wir setzen uns für eine Vertretung der Erwerbsloseninitiativen in den Beiräten der ARGEn ein. Zur Schlichtung von Streitfällen zwischen Bezugsempfängern und den ARGEn sollen Ombudsleute als unabhängige Instanz eingesetzt werden.

### **3. Gute Arbeit: Die Kommunen als Vorbilder**

Der kommunale öffentliche Dienst muss als Arbeitgeber eine Vorbildfunktion für die Privatwirtschaft ausüben. Hierzu zählen wir insbesondere Arbeitszeitmodelle für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, verstärkte Besetzung von Führungspositionen mit Frauen, die Einstellung von Langzeitarbeitslosen oder Menschen mit Behinderungen. Wir GRÜNE wollen eine interkulturelle Öffnung und flexible Arbeitszeiten von Ämtern und Verwaltungen und die Tarifbindung von kommunalen Gesellschaften. Die Ausgründung von Personalservicegesellschaften zur Umgehung des Tarifvertrags lehnen wir ab.

Kommunen und kommunale Gesellschaften sollen bei Vergaben auch soziale Kriterien berücksichtigen, wie es seit Ende 2008 gesetzlich möglich ist. Öffentliche Aufträge sollten gezielt an Unternehmen vergeben werden, die ausreichend ausbilden und nach Tarif bezahlen!

### **4. Jugend braucht Ausbildung und Raum für Entwicklung**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für gerechte Startchancen ins Berufsleben für jeden Jugendlichen ein. Jeder junge Mensch, der unsere Schulen verlässt, soll ein angemessenes Angebot für einen erfolgreichen Start in eine studentische oder berufliche Ausbildung erhalten. Durch gezielte und individuelle Unterstützung, Förderung und Qualifizierung hat jeder Mensch die Möglichkeit, seine Potentiale voll zu entfalten. Dabei brauchen Jugendliche mit Migrationshintergrund eine besondere und gezielte Förderung. Jedem Jugendlichen muss ein Ausbildungsplatz zur Verfügung stehen! Die Kommunen und kommunalen Gesellschaften müssen als positive Beispiele voran gehen und zusätzliche Ausbildungsplätze anbieten.

Wir GRÜNE wollen der Zukunft den Rücken stärken und die Jugend mit ihrer kulturellen Vielfalt auch in der Kommunalpolitik unterstützen. Jugendliche brauchen Treffpunkte, öffentliche Plätze und Räume. Möglichst selbstverwaltete Jugendzentren gehören in die Mitte der Kommune und dürfen nicht an den Rand gedrängt werden. Im ländlichen Raum wollen wir die Einrichtung von dörflichen Jugendräumen fördern und die mobile Jugendsozialarbeit stärken. Wir sind überzeugt, dass junge Menschen selbst Verantwortung übernehmen und ihre Probleme selbst regeln können. Jugendvertretungen und -parlamente sollen auf- und ausgebaut werden und mit echten Mitentscheidungsbefugnissen ausgestattet sein. Damit Jugendparlamente wirklich mitbestimmen können, müssen sie ein eigenes Budget haben. Außerdem fordern wir eine Senkung des Wahlalters, als ersten Schritt bei den Kommunalwahlen. Wir wollen Jugendliche mitentscheiden lassen!

### **5. Lokale Aktionspläne gegen Armut entwickeln!**

Dass immer mehr Menschen und insbesondere Kinder und Jugendliche dem Risiko ausgesetzt sind, arm zu werden, erfordert eine gesellschaftliche Diskussion und politisches Handeln auf allen Ebenen. Alle Kreise in RLP sollen regelmäßig einen Armutsbericht vorlegen, mit dem Ziel, lokale Aktionsprogramme gegen Armut zu entwickeln (kommunales Armutsmonitoring). Dabei spielt neben der materiellen Unterstützung auch der optimale Einsatz von sozialer Arbeit, Beratungsleistungen und Förderprogrammen für sozial Benachteiligte eine wichtige Rolle.

Wir setzen uns für die Einführung von Sozialpässen für einkommensschwache Menschen ein. Diese sollen die kostenfreie oder vergünstigte Nutzung des ÖPNV sowie öffentlicher und privater Einrichtungen im Bildungs-, Freizeit-, Sport- und Kulturbereich ermöglichen. Damit können Kommunen viel dazu beitragen, dass Armut nicht zwangsläufig bedeutet, am gesellschaftlichen Leben nicht teilhaben zu können.

### **6. Geschlechtergerechtigkeit vor Ort**

Wir GRÜNE setzen uns für gleiche Rechte und gleiche Chancen für alle Frauen und Männer ein. Wir stehen für eine moderne Gleichstellungspolitik, die wir als Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern annehmen. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist leider noch lange nicht erreicht. Durch eine konsequente Gleichstellungspolitik, Gender Mainstreaming und Gender Budgeting können die Kommunen dazu beitragen, Geschlechtergerechtigkeit herzustellen. Wir GRÜNE stehen für gezielte Frauenförderung auf der kommunalen Ebene fordern und die finanzielle Sicherstellung von wichtigen Anlaufstellen für Frauen in Notsituationen (Frauenhäuser, Frauennotrufe).

### **7. Für starke Kinder und starke Eltern!**

Wir brauchen mehr frühkindliche Förderung, Angebote zur Stärkung der Elternkompetenz und ein wirksames Netz sozialer Frühwarnsysteme zum Kinderschutz. In Familienzentren können Institutionen der Betreuung, der Beratung und der Hilfen stärker zusammengebracht werden. Beratung und Hilfe für Eltern und Kinder sind unerlässlicher Bestandteil eines wirksamen Schutzkonzepts. Wir wollen in kommunalen Netzwerken für Kinderschutz die Zusammenarbeit von Jugendämtern und Trägern der Jugendhilfe, von Vereinen, Schulen und KiTas, von Hebammen und Kin-

derärztInnen fördern. In vielen Jugendämtern besteht sowohl in personeller als auch in fachlicher Hinsicht Verbesserungsbedarf. Der Kinderschutz darf vor Ort nicht unter Finanzierungsvorbehalt stehen!

## **8. Lebensqualität im Alter**

Ältere Menschen werden mit ihren Erfahrungen und Kompetenzen das Bild und die Gesellschaft von Städten und Gemeinden zukünftig viel stärker prägen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möchte diesen Menschen die Gelegenheit geben, in ihren bekannten Umfeldern ihr Leben zu gestalten. Um die Chancen einer alternden Gesellschaft zu nutzen, müssen Barrierefreiheit und kurze Wege sowie eine gute medizinische und pflegerische Versorgung sichergestellt werden. Wir wollen Räume und Plätze, an denen Generationen sich begegnen, schaffen und ausbauen. Wir setzen uns für die Einrichtung von Mehrgenerationen-Häusern und die Unterstützung von SeniorInnen-Wohngemeinschaften ein.

## **9. Vielfalt und Weltoffenheit in der Kommune**

Integrationspolitik vor Ort ist eine Schlüsselaufgabe für die Zukunft. Hier stehen die Kommunen vor großen Herausforderungen. Integrationspolitik darf sich nicht bloß auf das Staatsbürgerschaftsrecht und Sprachkurse reduzieren, sondern muss in allen Bereichen der Politik mitbedacht werden.

Dabei gilt, nicht über sondern mit den MigrantInnen zu sprechen. Die Kommunen müssen aktiv darauf hinwirken, dass Ausländerbeiräte (zukünftig: Beiräte für Migration und Integration) gegründet werden und sie in ihrer Arbeit unterstützen. Sie sollen bei allen relevanten Fragen der Integrationspolitik einer Kommune mitwirken. Wir GRÜNE setzen uns für die Entwicklung und Umsetzung von kommunalen Integrationskonzepten ein. Diese sollen im Dialog mit den Ausländerbeiräten (zukünftig: Beiräte für Migration und Integration), den Migrantenvereinen, den Wohlfahrtsorganisationen oder den Trägern interkultureller und sozialer Projekte entwickelt werden. Wir wenden uns gegen den Trend der Gettoisierung und setzen stattdessen auf ein buntes Zusammenleben der Kulturen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich weiter für das kommunale Wahlrecht auch für Nicht-EU-StaatsbürgerInnen ein.

Wir alle tragen in der Kommunalpolitik die Verantwortung für Weltoffenheit, Vielfalt und Toleranz, damit Diskriminierung und Ausgrenzung von MitbürgerInnen in unserem Gemeinwesen keine Chance haben. Die lokalen Initiativen und Bündnisse gegen Rechtsextremismus benötigen größtmögliche Unterstützung. Wir GRÜNE fordern ein offensives Auftreten der Kommunen gegen jede Form von Rassismus und rechtsextreme Tendenzen.

**Wir GRÜNE mischen uns ein – für unsere Gemeinde, für unsere Stadt, für unsere Region. Wir haben Ideen, wir verlassen ausgetretene Pfade, wir suchen neue Wege. Wir bewahren Lebensqualität und menschliches Miteinander. Wir wollen die Zukunft in unserer Kommune gestalten. Wir machen ökologische, gerechte und soziale Politik – hier natürlich!**